

Dem Autoritarismus widerstehen und entgegentreten.

Ein Weckruf des Vorstands der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Dieses Jahr finden in fünf Bundesländern Landtagswahlen statt. Sie sind ein wichtiger Gradmesser für den politisch-kulturellen Zustand unserer Gesellschaft. Die Stimmungslage ist vielerorts von Gefühlen der Unsicherheit geprägt – verbunden mit dem Gefühl, ungerecht behandelt zu werden und kein Gehör zu finden. Die Entwicklungen in Deutschland sind Teil eines größeren globalen Trends. Unsere gewohnte Art zu leben, wird sich weder ökonomisch und ökologisch noch ethisch durchhalten lassen. Veränderungen sind dringend geboten. Viele dieser Sorgen sind real, und sie verdienen politische Antworten statt Belehrung. Mit großer Sorge beobachten wir, dass versucht wird, aus den damit einhergehenden Verunsicherungen Kapital zu schlagen: Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird aufs Spiel gesetzt. Unsere Demokratie wird in Frage und die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und Menschenwürde werden zur Disposition gestellt.

Die deutschen Bischöfe haben sich gegenüber dem völkischen Nationalismus klar ablehnend positioniert. Auch Papst Leo XIV. hat in seiner Enzyklika Magnifica Humanitas ausdrücklich vor den autoritären Versuchungen gewarnt und daran erinnert, dass eine Ordnung, die den Menschen nach Nutzen sortiert, aufhört, eine menschliche zu sein. Die Autoritären in Deutschland ihrerseits stilisieren unter Ausnutzung der in der Bevölkerung vorhandenen anti-institutionellen Affekte die beiden großen Kirchen zum Feindbild. Wir wissen dabei, dass diese Affekte nicht aus dem Nichts kommen. Der Missbrauch, sein jahrzehntelanges Vertuschen und mangelnde Transparenz haben Vertrauen zerstört, das uns heute fehlt. Wer Autorität zurückgewinnen will, muss zuerst glaubwürdig werden. Sich selbst inszenieren sie häufig als Verteidiger des „wahren“ Glaubens. Mit Sorge sehen wir, dass nicht alle in den Kirchen den falschen Lockrufen der Autoritären widerstehen. Das von den Autoritären verbreitete Zerrbild von Glauben stellt eine Verkehrung christlicher Grundwerte und der Botschaft des Evangeliums in ihr Gegenteil dar. Die Situation ist ernst. Es steht viel auf dem Spiel. Wir sind gut beraten, umsichtig und klar auf die Herausforderungen zu reagieren.

Die leitenden Ideen der Autoritären, die sich insbesondere in der AfD finden, und unsere Antwort darauf lassen sich anhand von Beispielen kurz skizzieren:

Leitende Ideen der Autoritären und unsere Antwort

- Die Autoritären schätzen den Schutz der Menschenwürde aller gering. Menschenrechte werden nur selektiv respektiert. Migranten und Minderheiten werden der rassistischen Logik des völkischen Nationalismus folgend als nachrangige

Menschen behandelt, denen nicht dieselbe Würde zusteht, wie denen nach ihrer Ansicht „zum Volk Gehörigen“.

Wir treten ein für die gleiche Würde aller Menschen sowie für Menschenrechte als Grundlage menschenwürdigen Lebens. Die unveräußerliche Menschenwürde gründet in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und ist nicht verhandelbar.

- Die Autoritären unterstützen eine internationale Ordnung, die auf dem Recht des Stärkeren beruht und einen vermeintlichen Eigennutzen ins Zentrum stellt. Sanktionen gegen den Aggressor Russland etwa werden mit Verweis auf entgangene geschäftliche Profite abgelehnt und die Unterstützung des Regimes in Moskau als Engagement für den Frieden dargestellt. Damit sticht der wirtschaftliche Vorteil das Völkerrecht – eine Argumentationsfigur, die wir aus christlicher Verantwortung zurückweisen.

Wir stehen ein für einen Frieden, der mehr ist als die bloße Abwesenheit von Krieg. Frieden braucht Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenwürde und die Geltung des Völkerrechts. Deshalb gehören der Schutz der Opfer von Gewalt, die Bereitschaft zum Dialog, die Stärkung internationaler Institutionen und die Unterstützung des Rechts auf Selbstverteidigung zusammen. Dass diese Unterstützung auch militärische Mittel einschließt, bleibt eine ethisch belastete Güterabwägung: gebunden an Verhältnismäßigkeit, an das Ziel einer gerechten Ordnung und an den Vorrang aller nichtmilitärischen Wege. Wir nehmen diese Spannung nicht zurück, sondern halten sie aus. Das Völkerrecht und die es stützenden Institutionen sind – bei allem Reformbedarf – unverzichtbare Stützen friedlichen Zusammenlebens.

Ein dauerhafter Frieden entsteht nicht durch die Kapitulation vor dem Unrecht, sondern durch eine gerechte und verlässliche Friedensordnung. Deshalb sind wir auch dem europäischen Friedensprojekt verpflichtet. Das schließt eine solidarische Unterstützung der Ukraine explizit mit ein.

- Die Autoritären begrenzen Solidarität auf die eigene Familie und die eigenen (politisch-kulturellen) Bündnispartner. Wohlstand steht nur zu, wer als loyal und nützlich bewertet wird. Die Sorge um das Wohl des Nächsten wird dem eigenen Streben nach wirtschaftlicher und politischer Macht untergeordnet. An die Stelle des Dienstes an den Armen tritt Stimmungsmache gegen Bedürftige.

Wir bleiben dabei: Die Verwirklichung eines guten Lebens kann nicht gegen andere, sondern nur mit anderen in gerechten institutionellen Zusammenhängen erfolgen. Solidarität und das Gebot der Nächstenliebe gilt allen. Eine besondere Verpflichtung besteht jenen gegenüber, die weltweit am verletzlichsten sind.

- Die Autoritären versuchen das Engagement für das (Welt-)Gemeinwohl lächerlich zu machen. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe werden als

Steuerverschwendung dargestellt. Das Engagement für die Bewahrung der Schöpfung wird als „Klima-Kult“ oder „Klima-Alarmismus“ verunglimpft.

Wir bekennen uns zu humanitärer Hilfe, partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit und wirksamem Klimaschutz. Das ist eine Frage unseres Selbstverständnisses als Bewohner dieser Erde, des „gemeinsamen Hauses“, wie Papst Franziskus es nannte. Und es ist zugleich eine Frage der sachlichen Notwendigkeit und politischen Klugheit.

- Die Autoritären stellen die selbstkritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und die daraus resultierende Verantwortung und gereifte Identität unseres Landes grundlegend in Frage.

Wir stehen zu unserer Verantwortung für einen angemessenen Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit, sei es der Nationalsozialismus, die DDR-Zeit oder der Kolonialismus. Diese Kapitel sind einander nicht gleich. Gerade deshalb verbietet sich das Aufrechnen ebenso wie das Beschweigen. Wir setzen uns ein für eine gemeinsame Auseinandersetzung mit diesen Phasen unserer Geschichte. Wir wissen, dass wir nur unter Berücksichtigung der fortwirkenden Verletzungen zu guten Beziehungen national wie international beitragen können. Wir wollen auch zukünftig gute Nachbarn sein.

Das aktuelle Wahljahr ist eine Gelegenheit, uns neu auf die Werte zu besinnen, die unsere Gesellschaft tragen: die unantastbare Würde jedes Menschen, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Teilhabe, Solidarität, Gerechtigkeit sowie die Verantwortung füreinander, das Gemeinwohl, den Frieden und die Schöpfung. Demokratie ist darum weit mehr als ein Wahlgang; sie ist die Fähigkeit, die vielfältigen und oftmals konkurrierenden Interessen in einer Gesellschaft in fairer, respektvoller und friedvoller Weise konstruktiv auszutragen. Dabei müssen wir den autoritären Versuchungen widerstehen und die Demokratie vor denjenigen schützen, die sie zerstören wollen. Widerstehen heißt hier nicht, besorgt zu sein. Es heißt: den Satz aussprechen, wenn er am Küchentisch, im Pfarrgemeinderat oder in der Betriebskantine fällt. Es heißt, dorthin zu gehen, wo die Argumente gebraucht werden, statt unter sich zu bleiben. Und es heißt, am Wahltag zu wählen. Wer die Würde des Menschen nach Herkunft bemisst, kann sich auf das Evangelium nicht berufen. Das zu sagen, kostet etwas. Es ist trotzdem zu sagen.

30. Juli 2026